



REPUBLIK ÖSTERREICH

BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, JUGEND UND KONSUMENTENSCHUTZ

A-1015 Wien, Himmelpfortgasse 9 Postfach 10

31 5700/3-III/1/85

An das Präsidium des Nationalrates

Parlament 1010 Wien 16. SEP. 1985

17. SEP. 1985 goh

St. Britier

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes mit dem das Bundesgesetz über den erweiterten Schutz der Verkehrsopfer geändert wird

Das Bundesministerium für Familie, Jugend und Konsumentenschutz beehrt sich, 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu dem im Gegenstand genannten Gesetzesentwurf zu übersenden.

> Wien, am 12. September 1985 Für den Bundesminister: ENT

Beilage

Für die Richtigkeit der Ausfertigung:



BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, JUGEND UND KONSUMENTENSCHUTZ

A-1015 Wien, Himmelpfortgasse 9 Postfach 10

31 5700/3-III/1/85

An das Bundesministerium für Justiz

Museumstraße 7 1070 W i e n

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundesgesetz über den erweiterten Schutz der Verkehrsopfer geändert wird

Bezug: 20.312b/10-I2/85 vom 20.Juni 1985

Das Bundesministerium für Familie, Jugend und Konsumentenschutz teilt mit, daß gegen oben angeführten Gesetzesentwurf keine Bedenken bestehen.

> Wien, am 12. September 1985 Für den Bundesminister: ENT

Für die Richtigkeit der Ausfertigung: